

Flüchtlingskrise?

Oder wie man die selbst fabrizierte Flüchtlingskrise mit wenigen Federstrichen in den Griff bekommen könnte

von
Egbert Scheunemann

Stand: 25. Oktober 2015

Die Medien quellen seit langen Wochen, ja Monaten über vor Berichten zur vermeintlichen oder realen Flüchtlingskrise. Ich möchte hier nicht wiederholen, was dort bis zu einer gewissen Bewusstlosigkeit wiederholt und von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, zur Genüge zur Kenntnis genommen wurde. Ich will von dem berichten, was dort, von Politikern oder Journalisten, nicht gesagt wird – und was zu sagen ist und vor allem zu tun wäre, um die Flüchtlingskrise mit wenigen Federstrichen zu lösen, und zwar, dies vorab, jenseits aller Abschiebungen und Abschottungen. Wenn man will, geht alles. Aber man will nicht. Zumindest das Folgende nicht:

- 1.** Die Bewältigung der Flüchtlingskrise kostet Geld. Es ließe sich durch wenige Federstriche schnell beschaffen: Der Spitzensteuersatz wäre zu erhöhen, ebenso die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Und allein die Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer von nur 0,05 bis 0,1 Prozent der Kapitalumsätze würde in Deutschland zu fiskalischen Mehreinnahmen von jährlich bis zu 30 Mrd. Euro führen. Bis diese Mittel fließen, müssten zur Zwischenfinanzierung Staatsanleihen aufgenommen werden – bei derzeit nahezu null Prozent Verzinsung wäre das keinerlei Problem. Diese Art der Finanzierung hätte auch gleich den angenehmen Begleiteffekt, Kapitaleinkommen in Multimilliardenhöhe weg von den internationalen Finanzmärkten (und damit der Vorbereitung der nächsten Finanzmarktblase und -krise) und hin zur Entwicklung der Volkswirtschaft zu lenken.
- 2.** Diese Mittel müssten schnellstmöglich für die Beschaffung von allem eingesetzt werden, was zu einer menschenwürdigen kurzfristigen Unterbringung und längerfristigen Integration von Flüchtlingen notwendig ist: personell wie logistisch gut ausgestattete Erstaufnahmeeinrichtungen, Wohnraum, Entschädigung für enteigneten leer stehenden Wohnraum, Sozialhilfe, Arbeitsbeschaffung, Integrationskurse, Sprachkurse etc.
- 3.** In Deutschland stehen mehr als 1,7 Millionen Wohnungen leer. Die Quote des Wohnungsleerstandes variiert von ganz wenigen Prozent in angesagten westdeutschen Städten (und vor allem Stadtgebieten) bis zu über 20 Prozent in – vor allem, aber nicht nur – ostdeutschen Städten. Nach Artikel 14 Grundgesetz sind Enteignungen (gegen Entschädigungen) zulässig, wenn sie dem „Wohle der Allgemeinheit“ dienen. Leer stehende Wohnungen könnten also mit wenigen Federstrichen (gegen Entschädigung) enteignet werden, um Flüchtlinge in ihnen unterzubringen. Selbst wenn man alle in diesem Jahr nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge in enteigneten leer stehenden Wohnungen unterbringen würde, stünden noch immer weit über eine Million Wohnungen leer.
- 4.** Der Bestand an Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren massiv gesunken. Dieser Trend muss dringend umgekehrt werden – auch unter Verwendung der unter Punkt eins genannten Mittel.
- 5.** Die Durchführung dieser Maßnahmen wäre zugleich ein gewaltiges Konjunkturförderprogramm – mit nachfolgenden Steuermehreinnahmen und somit hohen Selbstfinanzierungseffekten. Viele der Flüchtlinge, speziell die aus Syrien, sind hoch qualifiziert und gut ausgebildet (andere könnten sich eine Flucht auch kaum leisten), und viele sprechen Englisch. Ihre Integration in den deutschen Arbeitsmarkt erscheint also recht problemlos – ihre Verwandlung in brave deutsche Steuerzahler also auch. Deutschland

hat unter hochgradig prekären wirtschaftlichen Bedingungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten integriert. In den 1960er Jahren waren es Millionen von sogenannten Gastarbeitern aus südlichen europäischen Ländern. Und um die historische Perspektive etwas zu erweitern: Speziell in Nordrhein-Westfalen heißen noch heute so viele Menschen mit Nachnamen Nowak, Kowalski oder Kaminski, weil ihre Großväter und Urgroßväter im sich stürmisch industrialisierenden wilhelminischen Deutschland als angeworbene polnische Gastarbeiter ins Land kamen. Alle diese ‚Flüchtlingsströme‘ haben massiv zu einem schnellen Wirtschaftswachstum beigetragen – wohlgemerkt und um es zu wiederholen: unter weit, weit dürftigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als heute. Gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse im Deutschland der 1950er Jahre sind die heutigen ein veritables Schlaraffenland. Heutige Deutsche leiden maximal an Verfettung, nicht am Hunger. Es gibt nicht den Hauch eines vernünftigen Argumentes, warum nicht auch die Integration des derzeitigen ‚Flüchtlingsstroms‘ in die deutsche Wirtschaft zu ähnlich positiven Ergebnissen führen sollte wie bei den genannten historischen Beispielen.

Die Flüchtlingskrise ist insofern selbst fabriziert, als all die oben genannten Maßnahmen nicht frühzeitig durchgeführt wurden und noch immer nicht werden. Und sie ist in einem weiteren Sinne selbst fabriziert, weil Deutschland seit langen Jahren zu den Obereinpeitschern des Neoliberalismus gehört, EU- wie weltweit. Was neoliberale Wirtschaftskonzepte (Gewinne hoch, Löhne, Sozialleistungen und Staatsquoten runter) an wirtschaftlichen Verheerungen anrichten, konnte gerade in jüngster Zeit in Griechenland beobachtet werden – die geistesranke neoliberale Kaputtsparpolitik, Griechenland aufgeherrscht von IWF, EZB und EU und in dieser speziell von Deutschland, hat zu einem dramatischen Niedergang der griechischen Volkswirtschaft geführt.¹ Ähnlich sieht es in vielen sogenannten Entwicklungsländern aus, die Opfer neoliberaler ‚Strukturanpassungsprogramme‘ wurden – gegen neue Kredite, um Importgüter aus den Industrieländern finanzieren zu können, aufgezwungen von IWF, Weltbank und den sie tragenden Industrieländern des Westens und Nordens (federführend die USA und Deutschland). Und Deutschland hat Jahrzehnte übelste Diktaturen im Nahen Osten oder Afrika unterstützt, gegen die sich in den letzten Jahren immer mehr Menschen auflehnten – siehe etwa den ‚Arabischen Frühling‘ und die furchtbaren Folgen seiner Unterdrückung. Die von Deutschland mit produzierten ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, die Verfolgten, die Verzweifelten, die Bürgerkriegsopfer und Kriegsflüchtlinge stehen jetzt vor den Türen Europas und damit auch Deutschlands. Gäbe es unter den deutschen Entscheidungsträgern und Eliten in Politik, Medien und Wirtschaftswissenschaften hinreichend viele Denk- und Moralfähige – diese Flüchtlinge würden mit offenen Armen und mit tiefem Bedauern ob deutscher Schuld empfangen und freudig in die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft integriert werden zum Nutzen aller. Aber da es unter deutschen Entscheidungsträgern und Eliten nicht hinreichend viele Denk- und Moralfähige gibt, wird primär über zu errichtende Grenzzäune, schnellere Abschiebungen, die Einrichtung von Transitzonen (also Lagern) und eine weitere Verschärfung oder gar Abschaffung des Asylrechts diskutiert – und teilweise schon entsprechend entschieden. Was hingegen, siehe die sechs Punkte oben, möglich, machbar und menschlich wäre, wird nicht diskutiert – und am allerwenigsten getan. Wenn man will, geht alles. Aber man will nicht.

¹ Vgl. dazu im Detail: Egbert Scheunemann: Griechenland als Exempel – oder als der Fluch des Neoliberalismus über die Menschen kam, Hamburg-Norderstedt 2014.